

DIE Voss BERLIN

Ausland-Ausgabe

VOSSISCHE ZEITUNG
WOCHEN-AUSGABE
VERLAG ULLSTEIN
BERLIN ULLSTEINHAUS

Nr. 21

Berlin, Sonnabend den 25. Juni 1921

Preis der Nummer
2 Mark

Der Ruf des Reichskanzlers

Für Eintracht und Freiheit

Der Reichskanzler wurde bei seinem Amtsantritt vielfach nur als Platzhalter angesehen, als ein Lückenbüsser, der einsprang, als in der Stunde der Entscheidung über das Ultimatum die Regierungsbildung nicht in Fluss kommen wollte. Einmal im Sattel, zeigt er, dass er zu reiten versteht. Seine ungewöhnliche Schlagfertigkeit, Energie und taktische Geschicklichkeit haben ihm auch bei christlichen Gegnern Respekt verschafft. So hat einer der angesehensten Abgeordneten der Deutschen Nationalen Volkspartei, der frühere badische Justizminister Düringer, auf der badischen Tagung seiner Partei sich in der anerkanntesten Weise über die Persönlichkeit Wirths ausgesprochen. Freilich ist diese sachliche Einstellung bei der Opposition leider noch eine Ausnahme. Im allgemeinen wird der Kampf gegen die Regierung gerade von der rechten Seite mit der äussersten Erbitterung und Rücksichtslosigkeit, unbekümmert um die innere und äussere Lage, geführt.

Kennzeichnend für die demokratische Entwicklung im Deutschen Reich ist die Tatsache, dass es als die natürlichste Sache von der Welt erschien, als der Reichskanzler eine Versammlung der christlichen Arbeiter von Essen als äusseren Rahmen wählte, um eine grosse programmatische Rede zu halten, die auf den Grundton gestimmt war: durch friedliche Arbeit zu Freiheit und neuem Wohlstand. Besonders bemerkenswert waren seine Ausführungen über das Mass von Einheit, das bei aller Mannigfaltigkeit gewahrt werden müsse. Er erklärte:

„In den grossen Fragen, in der Führung der Gesamtpolitik muss Einheit sein. In der grossen Gestaltung des Wirtschaftslebens, in der Frage des Rechts und der Freiheit der Arbeiterwelt, da muss Einheit sein, um dem Willen eines schrankenlosen Kapitalismus zu wehren. In dem grossen Gedanken der sozialen Wohlfahrt und des Fortschritts muss Einheit sein in unserem deutschen Vaterlande. Aber in den Fragen der Verwaltung des gemeindlichen Lebens, in der Ausgestaltung der Gemeinden, der Länder, in den Kulturfragen, in den Fragen, wo appelliert wird an das Gewissen des einzelnen, da müssen wir den Ländern und den Stämmen die Freiheit geben, ohne die sie verkümmern müssten und ohne die sie zugrunde gehen müssen, eine Freiheit, die grösser sein kann, als dies früher der Fall war.“

„Nicht durch die Gassen laufen“

An die Arbeiterschaft richtete der Kanzler die Aufforderung, in den kommenden Monaten der Umstellung auf die Reparationsleistungen die Ruhe zu bewahren. „Ich weiss“, so erklärte er, „dass neue grosse Bewegungen kommen können gerade in den Monaten, wo wir neue Steuern aufbringen. Aber dann nicht durch die Gassen laufen! Nicht hinter jeder roten Fahne herlaufen! Auch Streiken allein schafft uns kein Glück und keine Wohlfahrt. Man herbei, man sucht einen Ausweg, man greift nicht zur Waffe oder Handgranate, sondern man greift zu Mitteln der demokratischen Verständigung. Das ist die Art, in welcher wir dem Ziele des Opfers und der Freiheit dienen wollen.“

Ein Krieg von sieben Jahren liegt hinter uns. Das waren Zeiten der Trübsal, der Not und des Elends. Was liegt vor uns? Ein dreissig-jähriges Ringen, um in einem geordneten Staat durch Arbeit wieder zum Wohlstand zu gelangen. Diese Last darf uns nicht schrecken. Auch im Krieg ist Unmögliches möglich gemacht worden, gerade in Essen. Sollte es nicht möglich sein, für den Gedanken des Friedens, für den Gedanken der Freiheit, für den Gedanken der Freiheit durch die Organisation der Arbeit Gewaltiges und Riesenhafes zu leisten?“

An diese Meinung schloss der Redner den Ruf in die ganze Welt hinaus: „Legt die Flinte hinweg! Glaubt dem neuen demokratischen Deutschland, dient aber selbst, die ihr in Frankreich und England die Macht in Händen habt, dem Gedanken der Freiheit, indem ihr in Oberschlesien und am deutschen Rhein dem deutschen Volke das alte Recht gewahrt, und indem ihr am

Rhein freie deutsche Männer in Handel und Wandel wieder über den Rhein ziehen lasst. Der Wiederaufbau ist keine Arbeit nur für ein Volk, der Wiederaufbau ist das Werk der ganzen gesitteten Welt!“

Garcis' Ermordung im Reichstag

In demselben Geist der Versöhnlichkeit und des Respektes für das Eigenleben der Länder behandelte der Reichskanzler die Entwicklung der Dinge in Bayern, die aus Anlass der Ermordung des unabhängigen Abg. Garcis im Reichstag in drei von Stürmen durchtobten Sitzungen behandelt wurden. Leider kam es dabei zu einer bisher in Deutschland unvorhergesehener Szene: die Kommunisten wurden gegen einen Abgeordneten der Rechten, der sie durch einen allerdings besonders ungeschickten und ungehörigen Zuruf gereizt hatte, handgreiflich. Einen neuen Zwischenfall gab es am darauffolgenden Tag, wo ein kommunistischer Abgeordneter, der dreimal zur Ordnung gerufen wurde, sich der Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, widersetzte.

Bayern

Bleibenden Wert in der Debatte hatte vor allem die Rede des bayerischen Handelsministers Hamm, der dem Reichstag als demokratischer Abgeordneter angehört. Zum Verständnis der besonderen Schwierigkeiten Bayerns erklärte der Redner:

„Die Revolution war in Bayern volksfremder und unwürdiger als sonst in Deutschland. Daraus entspringt der Gedanke des Selbstschutzes. Allerdings hat man sich in den Einwohnerwehren nicht frei gehalten von Rede- und Demonstrationsbedürfnissen, die mit unserer politischen Lage manchmal in bedenklichen Widerstreit gerieten. Für das Verhältnis Bayerns zum Reich war das eine schwere Belastung, zumal das Reich die Entwaffnungsforderungen der Entente weitergeben musste.“

Nicht minder einflussreich war die Warnung des bayerischen Ministers vor der „sinlosen, plumpen Hetze gegen das Reich“, die vielfach in Bayern betrieben werde, eine Hetze, die kein ehrliches Bemühen der Reichsregierung anerkenne, der keine Beschimpfung gegen den Mann zu niedrig sei, der mit Takt und Zurückhaltung die Geschäfte des Reichsoberhauptes führe“. Den Deutschenationalen machte der Redner den Vorwurf, dass sie nichts getan haben, um den „Radikantensemitismus“, der die schlimmste Grundlage der blöden Hetze gegen das Reich

und die Regierung sei, auszurotten, den Radikantensemitismus, „der ehrfurchtlos jedem dümmsten Lausbub die letzte Antwort auf tiefste Menschheitsfragen in die Hand gebe.“

Minister Hamm, ebenso wie der Vertreter des Bayerischen Bauernbundes führten die rechtsradikale Hetze, die in Bayern betrieben werde, auf den „reaktionären Einfluss nichtbayerischer Elemente“ zurück. In der Tat verdient die bayerische Bevölkerung in ihrer grossen Masse nicht die Anfeindungen, die ihr vielfach zuteil geworden sind, weil man die Ausschreitungen einer kleinen Gruppe mit dem tiefen Ruhebedürfnis der Bürger und Bauern des schönen Landes verwechselte.

Die Herrschaften der Welt

Der nahe Osten

In Paris erschien überraschenderweise am 17. Juni der englische Aussenminister Lord Curzon, um mit der französischen Regierung die brennend gewordenen Fragen des nahen Ostens zu besprechen. Die weltpolitischen Zusammenhänge dieser Unterhaltung werden auf der zweiten Seite dieser Nummer beleuchtet. Das Ergebnis war ein gemeinsamer Schritt bei der griechischen Regierung. Frankreich, England und Italien erklärten sich bereit, auf eine Beilegung des griechisch-türkischen Konflikts hinzuwirken, da sich bei einer Fortdauer des Kampfes „weder entscheidende noch befriedigende Resultate“ ergeben würden. Sollte Griechenland seine Zustimmung verweigern, so werde es die Verantwortung für die Folgen tragen müssen. Im Falle einer griechischen Zustimmung wollen die verbündeten Mächte der Athener Regierung mitteilen, unter welchen Bedingungen sie den Türken nahezu legen gedenken, die Feindseligkeiten einzustellen und Friedensverhandlungen einzuleiten. Diese Vermittlung läuft darauf hinaus, dass die Griechen Kleinasien samt Smyrna räumen und den Traum eines Gross-Griechenlands, den der Vertrag von Sevres zu erfüllen schien, aufgeben sollen.

Die Konferenz der Dominions

Wenige Tage später trat in London die Reichskonferenz zusammen, die grosse Tagung der grossbritannischen Länder, die besiegelt soll, was die Entwicklung der letzten Jahrzehnte anreihet und der Weltkrieg zur Reife gebracht hat: die Schaffung eines Herrschaftsorgans für die angelsächsische Welt und damit für die Welt überhaupt. Die Vereinigten Staaten sind natürlich nicht offiziell vertreten, aber sie gehören als stiller Teilhaber zu dem Riesenkonzern, der sich anschiebt mit dem ganzen Schwergewicht seiner vereinigten Kräfte im fernem Osten aufzutreten.

Die Eröffnungsrede Lloyd Georges zeigte die Tendenz, die europäischen Streitfragen offen zu halten, aber des akuten Charakters zu berauben. Die entscheidenden Stellen seiner Ausführungen galten dem Problem Japan und Amerika. Nachdem das japanische Bündnis seinen Dienst getan hat, weilt ihm England eine Träne stillen Gedankens. Lehrreich für uns ist der Satz, dass die englische Politik niemals einen Unterschied zwischen Rasse und Zivilisation oder zwischen Osten und Westen gemacht habe. Zwar hat sie oft Argumente dieser Art gebraucht, aber Lloyd George hat recht, wenn er feststellt, dass das nicht ernst gemeint war. Den höflichen Abschiedsworten an Japan folgten Feststellungen der engsten Zusammenarbeit mit der grossen Republik des Westens.

Über die „Abrüstung“ sprach Lloyd George mit einer Art, aus der hervorging, dass die kommenden Rüstungen, über die zwischen dem grossbritannischen Weltreich und den Vereinigten Staaten eine genaue Abmachung besteht, begleitet sein werden von Deklamationen über die Bereitschaft, jederzeit abzurüsten, vorausgesetzt, dass die Sicherheit, Freiheit und Wohlfahrt der „Welt“ das gestatten. Und man wird Gründe finden, zu behaupten, dass es der böse Wille Japans sei, der diese heilsame Entwicklung verhindert.

Die Rüstungspolitik des Imperiums vertrat, was zu erwarten, mit aller Offenheit der australische Ministerpräsident Hughes, der Vorkämpfer gegen die „gelbe Gefahr“. Er forderte eine starke Reichsflotte und dazu noch Flotten der britischen Länder über See, die aus den Mitteln dieser Selbstverwaltungskörper bestritten werden sollen.

Europa spielt in allen diesen Erörterungen kaum eine bessere Rolle als früher der Balkan. Eine unruhige Gegend, eine Störung des Weltgeschäfts. Aber dank der Unverträglichkeit seiner Bewohner keine Störung für die Welt herrschaften.

Wann wird Oberschlesien befreit?

Die deutsche Regierung hat am 16. Juni an die Regierungen in Paris, London und Rom eine Note gerichtet, in der sie die schärfste Verwarnung gegen die gegenwärtigen Zustände in Oberschlesien einlegte und erklärte, dass der von dem Präsidenten der Interalliierten Kommission beachtete Weg, die Insurgenten durch Verhandlungen zum Abzug mit allen Waffen zu bewegen, nicht geeignet sei, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Dieser Erfolg könne allein dadurch gezeitigt werden, dass mit erstem Nachdruck durchgegriffen und Oberschlesien mit allen Kräften von den Insurgenten gesäubert werde.

Darauf ist von der französischen Regierung eine Antwort erfolgt, die zu verstehen gibt, dass Frankreich grossen Wert darauf legt, für die beschämende Entwicklung in Oberschlesien nicht allein die Verantwortung zu tragen. In der Note wird gesagt, die Interalliierte Kommission treffe in ihrer Gesamtheit ihre Entscheidungen, und die französische Regierung setze sich nicht in der Lage, Kritiken anzunehmen, die darauf hinzielen, dem Präsidenten der Kommission allein verantwortlich zu machen.

Inzwischen hat der englische General Heniker einen Räumungsplan ausgearbeitet, dem auch die Vertretung der deutschen Parteien und Gewerkschaften prinzipiell zugestimmt hat. Danach sollen zunächst die Auführer einen Teil ihrer Stellungen räumen, und 36 Stunden später sollen die deutschen Selbstschutzgruppen und die Auführer die Räumungsaktion fortsetzen, dass sie in weiteren sieben Tagen beendet ist. Wenn dieser Plan nicht auf unerwartete Widerstände stösst, dann ist anzunehmen, dass äusserlich die Macht der Abstimmungskommission wieder hergestellt wird, aber mit einem bedeutenden Zuwachs an Prestige für die Auführer. Allerdings ist durch die lange Dauer der Unsicherheit, der Zerstörungen und Plünderungen die oberschlesische Industrie in einen Zustand der Zerrüttung geraten, der befürchten lässt, dass der Wiederaufbau geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, zumal die Banden Korfanys bolschewistische Neigungen zeigen.

Solche Tendenzen sind neuerdings in dem früher zu Preussen gehörenden Teil Polens sehr stark zum Ausdruck gekommen. Am 2. Juni fand in Ostrowo ein Pogrom gegen protestantische und jüdische Deutsche statt. Noch schwerer und gefährlicher waren die Ausschreitungen in Bromberg, die am Sonntag, dem 19. Juni, begann und schliesslich sich auch gegen polnische Geschäftshäuser richteten. Den Plünderern hatte sich auch polnisches Militär angeschlossen. Offiziere und Schüler der Offizierschule mussten von der Waffe Gebrauch machen. Auch der Staatspräsident wurde schwer misshandelt und musste in ein Krankenhaus gebracht werden.

Das Urteil gegen Hölz

Der Kommunistenführer Max Hölz, der Leiter des grossen Aufstandes in Mitteldeutschland, wurde nach zehntägiger Verhandlung von dem Berliner Sondergericht wegen Hochverrats in Tateinheit mit Totschlag, wegen Verbrechen gegen das Sprongstgesetz zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte Todesstrafe beantragt. Der Angeklagte hatte durch sein Verhalten während des Prozesses bereits zahlreiche Zwischenfälle hervorgerufen. Er versuchte sich als Märtyrer des Proletariats hinzustellen.

Zeigen Sie diese Voss Ihrem Zahnarzt. Er wird sich freuen!

Siehe Seite 12, 13, 14
Benutzen Sie den Bestellschein für die „VOSS“ auf Seite 16